

Verbesserungen feststellen. Es sind deutliche Verbesserungen im Hinblick auf Wartezeiten auf Drogenberatung, auf den Umfang der anstaltsinternen Beratung durch interne und externe Berater und im Hinblick auf die Vermittlung in externe Therapiemaßnahmen.

Meine Damen und Herren, die Belastungssituation in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist nach wie vor sehr hoch. Das ist richtig. Deshalb haben wir in diesem Jahr 125 und damit annähernd zwei Drittel der kw-Vermerke im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst gestrichen. Die Haushaltssituation lässt die Streichung weiterer kw-Vermerke nicht zu.

(Frank Sichau [SPD]: Das sind keine neuen Stellen!)

Meine Damen und Herren, engagierte und verantwortungsbewusste Mitarbeiter auf allen Ebenen der Justiz garantieren auch weiterhin wirksamen Rechtsschutz. Dabei unterstützen wir unsere Mitarbeiter im Rahmen des Möglichen auch durch Haushaltsmaßnahmen. So schaffen wir nach einer ersten entsprechenden Maßnahme im Jahre 2006 mit dem Haushaltsentwurf 2008 erneut mehr als 200 Stellen für Angestellte im mittleren Dienst, und zwar für Angestellte, die schon mehr als zwölf Jahre und länger mit immer wieder befristeten Verträgen für die Justiz arbeiten, ohne die Sicherheit auf Weiterbeschäftigung zu haben. Diese Mitarbeiterinnen – meistens sind es Mitarbeiterinnen – erhalten endlich Sicherheit. Sie können endlich unbelastet von Existenzsorgen arbeiten und endlich in eine Lebens- und Familienplanung eintreten.

Der Haushalt 2008 ist im Übrigen geprägt durch Investitions- und Organisationsmaßnahmen, die darauf abzielen, Haushaltsmittel wirtschaftlicher und flexibler einzusetzen und einen reibungslosen Geschäftsablauf sicherzustellen. Ich nenne nur beispielhaft die Reform des Haushalts- und Rechnungswesens mit Schaffung von Produkthaushalten erstmals in einer gesamten Budgeteinheit, im Justizvollzug. Ich nenne die Weiterentwicklung der Informationstechnik, wobei der Zentralisierung der IT-Services und Bündelung in einem Rechenzentrum eine Schlüsselfunktion zukommt. Sie wird die Verfügbarkeit und Flexibilität der IT-Infrastruktur noch einmal um ein Vielfaches erhöhen und Ressourcen für die Rechtspflege freisetzen.

Ich weiß, meine Damen und Herren – und darüber sind wir uns in der Justiz klar –: Das nächste Jahr mit den bereits seit Jahren beschlossenen Steleneinsparungen wird sehr schwierig. Aber angesichts der Finanzsituation sind weitere Einsparun-

gen unvermeidbar. Der Haushaltsentwurf 2008 schafft mit den beispielhaft aufgezeigten Maßnahmen und weiteren Maßnahmen die Grundlage für eine weiterhin gute Arbeit der nordrhein-westfälischen Justiz unter harten Rahmenbedingungen. Ich bitte um Ihre Unterstützung für diesen Entwurf.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 04**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge Nummern 44 bis 46 und dann über den Einzelplan insgesamt.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5662**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/5623**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5663**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 04** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5504**. Wer ist für die Annahme der Beschlussempfehlung? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne. Enthält sich jemand im Raum? – Nein. Damit ist diese Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Ich rufe **Einzelplan 14** auf:

Ministerium für Bauen und Verkehr

Der Einzelplan 14 beinhaltet die Teilbereiche „Städtebau und Wohnen“ und „Verkehr“. Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5514 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 47 und 48 der Tischvorlage hin.

Ich eröffne die Beratung über den **Teilbereich „Städtebau und Wohnen“** und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Monika Ruff-Händelkes das Wort.

(Dietmar Brockes [FDP]: Jetzt kommt die Rede, die Sie schon gehalten haben!)

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Warten Sie es ab, Herr Brockes.

(Dietmar Brockes [FDP]: Es stand ja schon in der Zeitung, dass Sie diese Rede halten werden! – Gegenruf von Britta Altenkamp [SPD]: Herr Brockes ist ein rhetorisches Naturtalent, wie wir alle wissen!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon wunderbar, Herr Brockes. Sie sollten gleich ganz genau zuhören, was denn Neues dazugekommen ist.

Meine Damen und Herren, worum geht es heute? – Es geht um die Darstellung eines Haushaltes eines Ministers und damit einer Landesregierung, der den Anforderungen der Zukunft nicht gerecht wird.

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte zwei ganz wichtige Dinge kurz aufzeigen. – Das Wohnraumförderungsprogramm – das ändert sich auch nicht, wenn Sie laut dazwischenreden – ist jedes Jahr gekürzt worden. Es ist von 980 Millionen € in 2005, dem letzten Jahr von Rot-Grün, auf 840 Millionen € im Haushaltsjahr 2008 zurückgegangen. Das ist eine Kürzung – ich sage es noch einmal – um 140 Millionen € oder 14,2 %. Das ist Abbau von sozialem Wohnungsbau; das wissen Sie ganz genau, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen.

(Unruhe)

Der zweite Punkt – ich mache es heute kürzer, aber am Ende werden Sie merken, dass sich doch einiges verändert hat – betrifft das Landeswohnungsbauvermögen. Seit 2006, meine Damen und Herren, gibt es vom Land keine Haushaltsmittel für Wohnraumförderungsprogramme. Es wird kleiner. Und zusätzlich wird der Wfa seit 2006 – und das ist ganz katastrophal – der Jahresüberschuss entzogen; das sind 441 Millionen € bis 2011. Da ist Fremdkapital nötig – das wissen die Fachleute –, und wir werden nachher hören, wer diese Rechnung letztendlich bezahlt.

Der Jahresüberschuss, meine Damen und Herren, wird meist aus den Einnahmen aus dem Verwaltungskostenbetrag kommen. Wenn dieser wegfällt – das ist nun einmal der Kostenbeitrag, den überwiegend die Wohnungsunternehmen

zahlen –, dann hat das Auswirkungen darauf, wie am Ende die Miete kalkuliert wird. Die Folge ist nämlich, dass die Darlehensnehmer – das ist immer die bekannte Lidl-Verkäuferin; das möchte ich Ihnen noch einmal sagen – nicht mehr die Bedingungen vorfinden können, die sie vorher vorgefunden haben.

Ich möchte ganz besonders auf die Mieterinnen und Mieter zu sprechen kommen. Denn diese würden sich in diesem Fall an den Sparmaßnahmen der Landesregierung beteiligen.

Es geht aber noch weiter. Der Solidarpakt, meine Damen und Herren, im revolving Fonds des Landeswohnungsbauvermögens wird aufgekündigt. Denn die derzeitigen Mieter, die heute die Verwaltungskosten zahlen – ich habe es gerade gesagt –, ermöglichen zukünftigen Sozialmietern die Chance auf preiswerten Wohnraum. Diese Chance wird vergeben.

Das Ganze hat sehr wenig mit Verantwortung zu tun, und es gibt vor allen Dingen keine Antwort auf den demografischen Wandel.

Ich weiß, dass unser Ministerpräsident, Herr Dr. Rüttgers, immer gerne sagt, dass alles schön sein müsse. Es müsse schöne Städte geben. Es müsse schöne Häuser geben. Aber von wirklicher Qualität für die Menschen ist nichts zu hören.

Jetzt komme ich zu Herrn Minister Wittke. – Herr Minister Wittke, Sie haben ein Gutachten in Auftrag gegeben; das sogenannte Pestel-Gutachten. Es soll Perspektiven bis zum Jahre 2025 aufzeigen. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr hat Herr Dr. Möller Fragen beantwortet, die wir als Abgeordnete dazu gestellt haben. Jawohl, es gibt einen hohen Bedarf an neuen Wohneinheiten. Es müssen 34.000 im Jahr sein, um dem Markt gerecht zu werden. Wir wissen auch, dass es regional unterschiedlich ist, aber wir wissen auch, dass es nicht ausgleichbar ist. Der Wohnungsmarkt ist eben nicht flexibel. Man kann Menschen nicht von hier nach dort verpflanzen.

Ganz wichtig ist – dies habe ich in meiner letzten Plenarrede ganz deutlich gemacht –, dass es einen Punkt gibt, hinsichtlich dessen es regional überhaupt keine Unterschiede gibt: Das sind die Wohnungsgrößen von ein bis zwei Bewohnern. Hier werden wir einen ganz deutlichen Zuwachs haben. Insofern freue ich mich, Herr Minister Wittke, dass wir uns in der letzten Ausschusssitzung darauf geeinigt haben, was wir unter Singles verstehen. Wir verstehen darunter nämlich nicht nur die jungen Leute, sondern natürlich auch die älte-

ren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die darauf angewiesen sind.

Jetzt komme ich zu den Qualitäten, meine Damen und Herren. Senioren- und familiengerecht ist kein Widerspruch. Darauf, Herr Minister, haben wir uns auch beim letzten Mal geeinigt; das freut mich ganz besonders. Das Gutachten spricht von zusätzlich 11.500 seniorengerechten Wohnungen pro Jahr.

Wovon das Gutachten noch spricht: Die Wohnungen müssen bezahlbar sein. – Das Pestel-Gutachten stellt fest, dass die einkommensschwächeren Haushalte im Segment der freifinanzierten seniorengerechten Wohnungen einfach ausgegrenzt werden, und – das ist besonders schwerwiegend – in Regionen, in denen jetzt schon Knappheit an solchem Wohnraum besteht, ist natürlich – das sagt einfach das Marktgesetz – mit steigenden Mieten zu rechnen.

Jetzt ist noch etwas wichtig; da sollten alle zuhören, aber besonders die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP. – Auf meine Frage an Herrn Dr. Möller: „Wie wichtig sind Wohnungen in der Sozialbindung heute und in Zukunft?“, kam die Antwort: Der Anstieg des gebundenen Wohnungsbaus ist wünschenswert. – Ich denke, Herr Minister, das ist nicht das, was sie sich gewünscht haben. Er hat aber die Realität beschrieben, und er hat vor allen Dingen ein wenig in die Zukunft gegangen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich wünsche mir von der Politik, dass das in Zukunft auch in diesem Hause stattfinden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf die vorgenannten Dinge gibt der Haushalt überhaupt keine Antworten. Erschreckend ist, Herr Minister – das sollen die Menschen draußen erfahren –, dass nur im Sozialministerium und in Ihrem Ministerium die Haushaltsmittel heruntergefahren werden.

Meine Damen und Herren, das zeigt das wahre Gesicht dieser Landesregierung. Dann ist es nicht mehr so schön, wie es der Ministerpräsident immer wieder darstellt und in seinen Reden betont. Dann ist es noch nicht einmal mehr eine schöne Fassade. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Ruff-Händelkes. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Sahren das Wort.

Heinz Sahren (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich erbitte jetzt Ihren Beifall, denn ich gebe meine Rede zu Protokoll. (Siehe Anlage 1)

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sahren für diesen Beitrag zum Zeiteinsparen. Das wird dann interessant, wenn es nachgelesen wird und dann die weiteren Debatten in der dritten Lesung mit bestimmt.

Herr Kollege Rasche ist hoffentlich schon bereit. Ich weiß nicht, ob Sie damit gerechnet haben, dass der Kollege so schnell ist. Sie haben das Wort für die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Christof Rasche (FDP): Liebe Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und trotz des überaus großen Interesses an meiner Rede gebe ich sie zu Protokoll. (Siehe Anlage 1) – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Ein weiterer Beweis für die gute Zusammenarbeit der Koalitionsfraktionen: abgestimmtes Verfahren zur Zeiteinsparung.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen zum nächsten Redner. Das Wort hat der Kollege Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Herr Kollege Becker.

(Dietmar Brockes [FDP]: Herr Becker hat nicht die Größe!)

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was hat das mit Größe zu tun? Ich bin der Auffassung, dass wir heute auch zu fortgeschrittener Stunde ein paar Sätze darüber reden sollten, wie dieser Haushalt insbesondere im Bereich Bauen und Wohnen und im Bereich Verkehr aussieht. Denn, um es vorneweg zu schicken: Dieser Minister ist im Bereich Wohnungsbau ein Leichtgewicht.

Ich habe es ihm im Ausschuss gesagt, und ich möchte es an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen: Es gibt keinen Minister, der einen derartig hohen Konsolidierungsbeitrag liefern musste wie Herr Wittke – und das ausgerechnet für den allgemeinen Haushalt und nicht zum Umschichten innerhalb des eigenen Faches, sondern schlicht und einfach für den Finanzminister.

Meine Damen und Herren, wir haben heute Morgen bereits in der Geschäftsordnungsdebatte über die 82 Millionen € diskutiert. An dieser Stelle möchte ich jetzt noch einmal deutlich sagen, wie durch diese Landesregierung das Wohnungsbauvermögen ausschließlich zum Zwecke der Haushaltssanierung geplündert wird.

Gerade an diesem Beispiel wird die Bedeutungslosigkeit des Ministers und dieses Ministeriums deutlich. Denn diese 82 Millionen € aus dem Wohnungsbauvermögen werden nicht zielgerichtet für die Städtebauförderung und die Modernisierung des Wohnungsbestandes eingesetzt.

Dabei wäre es nötig, dass wir bei der CO₂-Sanierung in Nordrhein-Westfalen etwas drauflegen, wie das andere Bundesländer tun, die auch Bundesmittel erfolgreich abschöpfen. Es wäre nötig, dass wir im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit ein kombiniertes Programm auflegen, was wir bis jetzt nicht gemacht haben.

Das wäre insgesamt nötig, weil wir – da hat die Kollegin von der SPD völlig Recht – ausweislich des Pestel-Gutachtens in der Zukunft bei einem Teil der Kommunen in Nordrhein-Westfalen Wohnungsbauprobleme und Wohnungsbestandsprobleme bekommen, insbesondere auch im sozialen Wohnungsbau, in den niedrigen Preislagen und speziell auch bei dem Geschossflächenwohnungsbau, der für ältere und für behinderte Mitmenschen nötig ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie sind mit diesem Haushalt und den in den letzten Jahren immer wieder vorgenommenen Kürzungen auch bei den Städtebauförderungsinvestitionen nicht in der Lage, den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürger das zu geben, was in Zeiten des demografischen Wandels nötig ist. Sie sind nicht in der Lage, eine Wohnungsbaupolitik nach vorne mit Augenmaß zu betreiben. Das ist umso bedauerlicher, weil auf diesem Feld – man wagt es kaum, das zu sagen – Ihr Bundesbauminister-Pendant in den letzten Jahren eine ganz erhebliche Performance hingelegt hat.

Das ist aus meiner Sicht anders als im Verkehrsbereich, insbesondere bei der Bahn. Aber die Bundesmittel für den Umbau des Wohnungsbestandes sind da, auch in einer Höhe, wie sie in den Jahren zuvor nicht gegeben waren. Wer sich in den anderen Bundesländern umschaute, der wird feststellen, dass andere Bundesländer mit Kofinanzierungen, mit Zinssenkungen und auch mit der Forderung an den Bund, die Zinsen bei

der KfW wieder herunterzusetzen, erhebliche eigene Akzente gesetzt haben.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Die Wohnungsbauförderung hat im Lande Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren das Opfer in den Fachtats gebracht. Wir hatten bei Antritt dieser Landesregierung Wohnungsbaufördermittel von rund 950 Millionen € im Jahr. Wir haben jetzt Wohnungsbaufördermittel von rund 840 Millionen € im Jahr. Das sind 110 Millionen €, die jedes Jahr fehlen. Die sind zum Teil aus der Wohnungsbauförderungsanstalt entnommen worden. Zum Teil sind sie auch durch eine falsche Politik wie zum Beispiel beim Wegfall der Fehlbelegungsabgabe zustande gekommen, wo Sie leichtfertig 35 bis 40 Millionen € jedes Jahr verschenken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer sich die Städtebaupolitik und die Wohnungsbaupolitik dieser Landesregierung anschaut, der muss zu dem Ergebnis kommen: Herr Minister Wittke bringt zwar sogenannte Konsolidierungsopfer, aber die Opfer sind letztlich die Bürgerinnen und Bürger. Wenn man sich dann anschaut, dass die Wfa mit der sogenannten Gewinnabschöpfung einen Betrag abschöpft, der teilweise aus der Umlage von Mieterinnen und Mietern, aus Wohnungsbauunternehmen – das sind in der Regel nicht die gut verdienenden Mieterinnen und Mieter – finanziert wird und dann im allgemeinen Haushalt verschwindet, dann ist das, meine Damen und Herren, auch wenn es offensichtlich einen Teil des Hauses überhaupt nicht interessiert, eine Zwangsabgabe ausgerechnet für diejenigen, die weniger Gehalt haben, und zwar über die Miete, die Wohnungsbauförderungsanstalt in den Haushalt von Herrn Linssen hinein.

Ich finde es empörend, dass ausgerechnet die sozial schwächeren Mieterinnen und Mieter eine solche Zwangsabgabe leisten. Das ist bezeichnend für Ihre Wohnungsbaupolitik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Becker. – Herr Minister Wittke spricht jetzt noch für die Landesregierung. – Wir dürfen auch gerne die Rede zu Protokoll geben. *(Siehe Anlage 1)*

Wir fahren fort mit dem **Teilbereich „Verkehr“**.

Ich gebe Herrn Wißen von der SPD-Fraktion das Wort.

(Bodo Wißen [SPD] gibt seine Rede zu Protokoll. [Siehe Anlage 2])

– Die Möglichkeit, seine Rede zu Protokoll zu geben, steht jedem offen. Das wird dokumentiert. Die Rede muss dann hier nicht gehalten werden.

Als Nächster wäre Bernd Schulte an der Reihe.

(Bernd Schulte [CDU] gibt seine Rede zu Protokoll. [Siehe Anlage 2])

– Wunderbar.

Herr Rasche, welche Meinung haben Sie? – Sie können jetzt reden, wenn Sie nicht gewillt sind, Ihre Rede zu Protokoll zu geben.

(Christof Rasche [FDP] gibt seine Rede zu Protokoll. [Siehe Anlage 2])

Ich frage als Nächsten den Kollegen Horst Becker. Möchten Sie reden? – Bitte schön. Herr Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Minister! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit gebe ich trotz der schlechten Verkehrspolitik dieses Landesfachministers meine Rede zu Protokoll. (Siehe Anlage 2)

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Das ist sehr ordentlich. Danke schön, Herr Becker.

Dann noch einmal der Minister.

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt wird geredet! Das ist klar, Herr Minister! Lückenfüller!)

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im öffentlichen Personennahverkehr setzen wir mit der Verabschiedung dieses ...

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht so schnell reden!)

– Bitte, Frau Kollegin Walsken?

Ich glaube, da war eine Zwischenfrage, Frau Präsidentin.

(Gisela Walsken [SPD]: Er soll nur langsam reden, nicht so schnell!)

– Dann habe ich das missverstanden.

Präsidentin Regina van Dinther: Das Wort hat jetzt der Herr Minister.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Frau Kollegin Walsken! Meine Damen und Herren! Im öffentlichen Personennahverkehr setzen wir die Neuordnung der Förderung auf der Grundlage des novellierten ÖPNV-Gesetzes im kommenden Jahr um. Die Auflösung der einzelnen Fördertöpfe und die Pauschalierung der Förderung machen sich auch im Haushalt bemerkbar. Zwei Einzeltitel und drei ganze Titelgruppen brauchen wir künftig nicht mehr. Mit fast 1,4 Milliarden € Gesamtvolumen halten wir die Mittelausstattung auf dem Niveau des Jahres 2007. Die Mittel verteilen sich auf die Förderbereiche wie folgt:

800 Millionen € werden als ÖPNV-Pauschale an die drei Kooperationsräume Rhein-Ruhr, Rheinland und Westfalen nach § 11 Abs. 1 des neuen ÖPNV-Gesetzes geleistet.

110 Millionen € sind als ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 des neuen ÖPNV-Gesetzes vorgesehen.

330,7 Millionen € sind für die pauschalierte Investitionsförderung nach § 12, für Investitionen im besonderen Landesinteresse nach § 13 des neuen ÖPNV-Gesetzes sowie für die Abwicklung begonnener Infrastrukturförderungen etatisiert.

130 Millionen € sind für die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr vorgesehen.

10,5 Millionen € sollen für Qualitätsmaßnahmen, Bürgerbusvorhaben, die landesweiten ÖPNV-Kompetenzcenter und ÖPNV-Gutachten eingesetzt werden.

(Gisela Walsken [SPD]: Herr Minister, der Rest kann jetzt zu Protokoll gegeben werden! Es reicht!)

Frau Präsidentin, kann man auch halbe Reden zu Protokoll geben? Dann würde ich von dem Angebot von Frau Walsken gerne Gebrauch machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, wir sind technisch auf alles eingerichtet. Wir können auch das machen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein, das finde ich nicht in Ordnung!)

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Löhrmann, wären Sie so nett, sich zu einigen, ob ich nun dem Vorschlag von Frau Walsken

oder Ihrem Vorschlag folgen soll? So lange rede ich erst einmal weiter.

(Gisela Walsken [SPD]: Entscheiden Sie sich!)

Wir öffnen so den Gestaltungsspielraum der Aufgabenträger und überlassen diesen, selbst zu bestimmen, den ÖPNV mit den erhaltenen Finanzmitteln zu fördern.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist eine Farce hier!)

Ein Mehr an Effizienz können wir so durch ein Mehr an Eigenverantwortlichkeit in der Verwendung der Finanzmittel erreichen. Grundlage der Förderung wird das am 13. Juni vom Landtag beschlossene neue ÖPNV-Gesetz sein. Der Ausschuss für Bauen und Verkehr hat am 29. November sein Benehmen zu den neuen Verwaltungsvorschriften hergestellt, deren Umfang um 50 % reduziert werden konnte.

Sie wissen, dass künftig drei Zweckverbände, die übrigens pünktlich Anfang Januar ihre Arbeit aufnehmen werden, Bewilligungsbehörde für die Förderung von Investitionen im besonderen Landesinteresse werden. Der Übergang des dafür erforderlichen Personals von den Bezirksregierungen und die Finanzierung der Sachausgaben sind ebenfalls sichergestellt, sodass ein reibungsloser Übergang der Förderzuständigkeit gewährleistet ist.

Ich komme zur Schifffahrt: In der Binnenschifffahrt wird der Kanalausbau fortgesetzt. Bund und Land Nordrhein-Westfalen finanzieren die Ausbaumaßnahmen gemeinsam. Im Jahr 2008 stellen wir im Haushalt fast 4 Millionen € mehr als im Vorjahr, also insgesamt fast 10 Millionen €, für die Baumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung.

Zur Luftverkehrsförderung: Auch bei der Luftverkehrsförderung halten wir mit 23,2 Millionen € gegenüber 23,7 Millionen € im Jahr 2007 in etwa das Niveau der Förderung des Vorjahres. Dazu gehört weiterhin der Ausbau der Schwerpunktverkehrslandeplätze für den Geschäftsreiseluftverkehr, für den auch 2008 5,5 Millionen € vorgesehen sind.

Damit komme ich zum Straßenbau: Der Landesstraßenbau bleibt auch im Jahre 2008 Schwerpunkt der Verkehrspolitik. Wir halten trotz Haushaltskonsolidierung die für neue Investitionen in die Landesstraßen vorgesehenen Mittel auf dem Niveau von 133,7 Millionen € konstant. Wie in den vergangenen zwei Jahren liegt eine hohe Priorität vor allem bei der Erhaltung, um den durch jahre-

lange Unterfinanzierung aufgelaufenen Nachholbedarf abzuarbeiten. Dafür planen wir, im Haushaltsvollzug von den Neubaumitteln 4,7 Millionen € zur Verstärkung der Erhaltungsinvestitionen einzusetzen und werden somit im Jahr 2008 insgesamt 58 Millionen € für die Straßenerhaltung ausgeben.

Die Zuführung zum laufenden Betrieb des Landesbetriebs Straßenbau NRW sinkt im Jahr 2008 um rund 7,4 Millionen € auf rund 232,2 Millionen €. Die Mittelkürzung ergibt sich in erster Linie durch Einsparungen im Personalbereich aufgrund zwingender Einsparvorgaben der Landesregierung sowie struktureller Veränderungen beim Landesbetrieb.

Ich will gerne die Gelegenheit nutzen, den Kolleginnen und Kollegen von Straßen.NRW ein herzliches Dankeschön zu sagen, denn sie haben es durch eine effiziente Arbeitsweise nicht nur geschafft, mehr Straßenbauvorhaben in den vergangenen zwei Jahren planfestzustellen, sondern darüber hinaus einen wesentlichen Einsparbeitrag zu erbringen, auch über Plan hinaus, sodass wir allein im Jahr 2007 über 10 Millionen € zusätzlich in die Straßenunterhaltung investieren können.

(Beifall von CDU und FDP)

Durch die konsequente Umsetzung der im Jahr 2006 eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen und noch sparsameres Wirtschaften kann der Landesbetrieb Straßenbau somit seine Aufgaben mit weniger Personal bei gleicher, ich behaupte sogar, bei noch gesteigerter Qualität erfüllen.

Die Zuführung des Landes zur betrieblichen Unterhaltung der Landesstraßen bleibt im Jahr 2008 mit rund 69,8 Millionen € und die Zuführung zu betrieblichen Investitionen mit rund 18,2 Millionen € im Vergleich zu 2007 unverändert. Für die Förderung verkehrswichtiger kommunaler Straßenbauvorhaben stehen wie in diesem Jahr insgesamt 143,7 Millionen € zur Verfügung. Davon sind 129,8 Millionen € Bundeszuweisungen nach dem Entflechtungsgesetz, die vom Land durch Landesmittel in Höhe von 6,8 Millionen € zusätzlich verstärkt werden.

Abschließend sind auch zur Förderung des kommunalen Radverkehrs außerhalb der verkehrswichtigen Straßen 7,1 Millionen € vorgesehen.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Für den vorliegenden Entwurf des Bau- und Verkehrshaushaltes kann ich feststellen, dass neben verantwortungsvollen Konsolidierungsschritten dieser auch die erforderlichen Investitionen in die Bau- und Verkehrsinfrastruktur im Blick behält, um

die Modernisierung unseres Landes im Interesse der Bürgerinnen und Bürger voranzubringen. Schwerpunktbildungen und Konzentration auf das Machbare sind auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt aber nach wie vor unumgänglich. – Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen damit zu den **Abstimmungen** zum **Einzelplan 14**. Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge 47 und 48 ab.

Wir kommen zur laufenden Nummer 47: **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/5639**. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist SPD und Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich lasse nun abstimmen über die laufende Nr. 48: **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5682**. Wer dem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Die SPD. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 14** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5514**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir haben 20:09 Uhr. Wir sind also noch neun Minuten im Rückstand. Ansonsten haben wir viel Zeit aufgeholt.

Ich rufe **Einzelplan 13** auf:

Landesrechnungshof

Ich gebe den Hinweis auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5513.

Wir können direkt zur Abstimmung kommen, weil keine Debatte vorgesehen ist. Wer dem **Einzelplan 13** entsprechend der **Beschlussempfehlung** in der **Drucksache 14/5513** zustimmen

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle vier Fraktionen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe **Einzelplan 01** auf:

Landtag

Ich gebe den Hinweis auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5501.

Auch hierzu ist keine Debatte vorgesehen. Deshalb kommen wir zur Abstimmung über den **Einzelplan 01** entsprechend der Beschlussempfehlung **Drucksache 14/5501**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist einstimmig so **beschlossen**.

Meine Damen und Herren, wir sind damit für heute am Ende der Beratungen zu den Einzelplänen. Die **Haushaltsberatungen** werden an dieser Stelle **unterbrochen**.

Ich rufe auf:

2 Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4973

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Kommunalpolitik
und Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 14/5588

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Löttgen von der CDU-Fraktion das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte die Rede gerne halb oder ganz zu Protokoll gegeben, aber ich versuche, sie kurz zu halten.

In der letzten Sitzung des Fachausschusses vor genau einer Woche sind zwei Punkte noch einmal sehr deutlich geworden.

Zum einen: CDU und FDP nehmen die Bedenken und Anregungen aus der Anhörung auf und setzen sie um. Lassen Sie mich als ein Beispiel den Artikel 61, § 4 anführen. Dort haben wir den Belastungsausgleich für die Kommunen, die Personal übernehmen, deutlich in Richtung der Forderung der kommunalen Spitzenverbände angepasst, was in der Folge natürlich auch eine An-

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 1 – Haushaltsgesetz 2008 –, Einzelplan 14, Teilbereich „Städtebau und Wohnen“ zu Protokoll gegebene Reden

Heinz Sahnen (CDU):

Im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr am 29. November wurde die Pestel-Studie vorgestellt. Es wurde wissenschaftlich unterlegt, wie sich Haushalte in ihrer Zahl und der jeweiligen Struktur bis zum Jahre 2025 entwickeln.

Klar wurde, dass diese Erkenntnisse von der Wohnungswirtschaft und der Wohnungspolitik berücksichtigt werden müssen.

Die zukünftigen Entwicklungen in den verschiedenen Regionen sind sehr unterschiedlich, und entsprechend differenziert muss gehandelt werden.

Im Ausschuss haben wir eine erste Bewertung vorgenommen und Fragen gestellt. Wichtig ist, dass wir uns gemeinsam darauf verständigt haben, die in der Studie aufgezeigten Tendenzen zu beraten und in Handlungsempfehlungen umzusetzen.

Unabhängig hiervon stelle ich aber fest, dass der Kurs in der Wohnungs- und Städtebaupolitik der letzten zwei Jahre richtig war. Wir haben die Ausrichtung verändert und verstärkt demografische Entwicklungen und gesellschaftliche Veränderungen zum Beispiel in den Wohnraumförderrichtlinien berücksichtigt. Gleiches gilt auch für die Ausrichtung in der Städtebaupolitik.

Die ermittelten Herausforderungen müssen differenziert beantwortet werden. Die Koalitionsfraktionen werden im entsprechenden Facharbeitskreis die Pestel-Studie sehr intensiv beraten und entsprechende Konsequenzen beschließen.

In diesem Zusammenhang will ich auch erwähnen, dass die Erkenntnisse der Enquetekommission der letzten Wahlperiode „Zukunft der Städte“ ebenfalls für die politische Ausrichtung sehr gut verwertbare Erkenntnisse gebracht haben. Es lässt sich belegen, zum Beispiel am Stichwort „Standortgemeinschaften“, dass die Ergebnisse dieser Kommission im Rahmen der Gesetzgebung berücksichtigt werden.

Der Lebenszyklus von Wohngebäuden ist relativ lang. Die Immobilie – insbesondere das

Wohneigentum – ist kein Gebrauchsgegenstand und keine Handelsware. Der Traum vieler Menschen ist es, in einem Haus oder in einer Wohnung möglichst lange zu leben. Bodenständigkeit ist auch ein Ausdruck von sozialer Integration, und dies ist ein hoher Wert. Aus den Projekten zur „sozialen Stadt“ kann dieses Gut besonders bewertet werden.

Weil die Wohnungswirtschaft in langen Zeitspannen denkt, kann man den Zeitraum bis 2025 als sehr kurz bewerten. Deshalb sind aus meiner Sicht die statistischen Erhebungen und vor allem die Hochrechnungen des Statistischen Landesamtes, dokumentiert im Band 38, von großer Bedeutung.

Die Extrapolationen bis zum Jahre 2050 verdeutlichen noch drastischer die Entwicklungen der Rahmendaten, die das politische Handeln bestimmen müssen.

Die Zahlen der Pestel-Studie, die Erkenntnisse der Enquetekommission und insbesondere die Erhebungen des Statistischen Landesamtes belegen, dass es in unserem Land Regionen der Stagnation, der Schrumpfung, aber auch des punktuellen Wachstums gibt. Diese Beschreibungen sind sowohl unter dem Aspekt Bevölkerung und soziale Standards als auch wirtschaftliche Entwicklungen nahezu parallel.

Für die Wohnungswirtschaft und für den Städtebau relevante Zahlen besagen für das Jahr 2050:

- In NRW wird es einen Bevölkerungsrückgang von ca. 2 Millionen Menschen geben.*
- Ein Drittel der Einwohner wird über 65 Jahre alt sein.*
- Die Zahl von pflegebedürftigen Menschen wird auf über 1 Million ansteigen.*
- Die Zahl der Erwerbstätigen wird um ca. 1,8 Millionen zurückgehen.*

Nur diese vier Kennzahlen stellen für die Wohnungspolitik einerseits, aber auch grundsätzlich insbesondere für die Städte und Gemeinden eine riesige Herausforderung dar.

Städte und Gemeinden müssen gestärkt werden, um langfristig die Daseinsvorsorge und Infrastruktur zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellen zu können. Gerade hier sind der Wohnbau und Städtebau besonders gefordert.

Dies bedeutet, dass die Finanzmittel des Landes sehr gezielt eingesetzt werden müssen.

Aus meiner Sicht müssen die Städtebaupolitik und die Wohnungspolitik enger untereinander vernetzt werden.

Unter dem Vorzeichen zukünftiger Wohnungs- und Städtebaupolitik fanden in den letzten Wochen und Monaten eine Reihe von wegweisenden Fachtagungen und Kongressen statt.

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers gab sowohl bei der Auftaktveranstaltung zur „Regionale“ am 15. Oktober in Köln als auch bei der Eröffnungsveranstaltung der Architektenkammer zum Thema „NRW wohnt“ am 5. November 2007 wichtige Hinweise für die Ausrichtung dieser beiden Politikbereiche.

Die Initiative der Architektenkammer, über zwei Jahre landesweit Initiativen zum Thema „Wohnen“ zu initiieren, wird von uns ausdrücklich begrüßt.

Es geht darum, gemeinsam mit Architekten, Stadtplanern, Wohnungsgesellschaften, Immobilienbesitzern und vor allem mit der Bürgerschaft Antworten zu entwickeln, um sowohl das Wohnen im Haus als auch im Quartier und in der Stadt und in der Gemeinde zu verbessern. Wir wollen über die Wohnungspolitik die Lebensqualität im Haus und im Wohnquartier der Menschen aufwerten sowie das Wohlbefinden in Städten und Gemeinden verbessern.

Mehrere Fachtagungen und Werkstattgespräche fanden auch zum Themenkomplex „soziale Stadt“ unter dem Stichwort „Stadtumbau“ statt. Auch die CDU-Landtagsfraktion hat dieses Thema mit Fachleuten aus der Wohnungswirtschaft und der Kommunalpolitik beraten. Für uns ist klar, dass auch der Rückbau Teil einer sozial ausgerichteten Wohnungspolitik ist.

Das Thema Klimaschutz ist in aller Munde; auch die Wohnungswirtschaft hat ihren Beitrag zu leisten. Wir begrüßen, dass das Ministerium die Wohnraumförderrichtlinien ergänzt hat. In Kapitel 5 werden Fördermöglichkeiten von energetischen Maßnahmen dargelegt.

Sich um eine bessere und effizientere Energieversorgung zu kümmern ist gut für die Umwelt, vor allem auch für den Geldbeutel eines jeden Mieters und Hauseigentümers. Mit der Einsparung von Energiekosten können die Nebenkosten sehr deutlich gesenkt werden. Das ist wirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht.

Der Blick in das Zahlenwerk des Landeshaushaltes zeigt, dass im kommenden Jahr 9,5 Millionen € mehr für die Stadterneuerung ausgegeben werden sollen als im Jahr 2007. Diese

Aufstockung wird von uns ausdrücklich begrüßt; auch der Weg der Finanzierung aus dem Zinssaldo der Wfa wird von uns geteilt.

Mit 840 Millionen € sind die Finanzmittel im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung annähernd konstant. Um den Abfluss der Mittel zukünftig noch zielgenauer zu gestalten, wird es sinnvoll sein, auch die Wohnraumförderrichtlinien vor dem Hintergrund der Zukunft zu überprüfen.

Wohnungsbau und Städtebau sind zwei Politikfelder, die zukunftsorientiert ausgerichtet sind. Weil mit dem Haushalt 2008 entsprechende Akzente gesetzt werden, werden wir dem Haushalt zustimmen.

Christof Rasche (FDP):

Wir Liberale haben uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner das Ziel gesetzt, eine moderne Stadtentwicklungspolitik zu betreiben, damit unsere Städte und Gemeinden dauerhaft mit Leben erfüllt sind. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde, wo sie leben und arbeiten, wohl fühlen.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir in der Städtebau- und Wohnungspolitik einen Neuanfang gestartet. Zahlreiche Maßnahmen wie die Abschaffung der Fehlbelegerabgabe haben wir bereits in die Tat umgesetzt.

Einige Maßnahmen befinden sich noch in der Umsetzungsphase. Das gilt auch für den Verkauf des LEG-Wohnungsbestandes. Die Sozialcharta mit den bekannten Eckdaten ist für die FDP von ganz besonderer Bedeutung. Ich habe keinen Zweifel, dass die Landesregierung das Verkaufsverfahren entsprechend durchführen wird.

Eine weitere Maßnahme ist das BIT-Gesetz, welches wir bald beschließen werden.

Die Förderung im Jahre 2008 ist gewaltig.

Für Bau- und Bodendenkmalpflege stehen 2008 11,4 Millionen € zur Verfügung.

Für die energetische Nachrüstung von Sozialwohnungsbeständen hat Minister Wittke vor wenigen Wochen ein Programm vorgestellt.

Für die Stadterneuerung sind für das kommende Haushaltsjahr 124 Millionen € vorgesehen.

Das Wohnungsbauförderungsvolumen von ca. 840 Millionen € ist im Vergleich zu anderen Bundesländern in NRW extrem hoch. Da die Fördermittel auch in diesem Jahr bei Weitem

nicht vollständig abgerufen werden, dürfte dieser Ansatz völlig ausreichen.

Die Landesregierung hat in der vergangenen Plenarwoche das 5. Gesetz zur Änderung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen in den Landtag eingebracht. Danach wird die Abführung des Jahresüberschusses aus dem Wohnungsbauvermögen im Jahre 2008 82 Millionen € betragen und sich in den folgenden Jahren auf 60 Millionen € reduzieren.

Anfang Januar wird die beschlossene Anhörung durchgeführt, um anschließend den Gesetzentwurf zu verabschieden.

Im vergangenen Jahr haben wir zur Sicherung des Grundstücksfonds das 4. Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes mit einer Abführung des Jahresüberschusses des Wohnungsbauvermögens in Höhe von 22 Millionen € an den Landeshaushalt beraten und erst im Frühjahr, also nach Verabschiedung des Landeshaushaltes, beschlossen. Das Haushaltsgesetz 2007 war bereits in Kraft getreten, als das 4. Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes beschlossen worden ist.

Demnach bestand die gleiche Situation wie jetzt bei der fünften Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes. Die Kritik der Opposition ist von daher unbegründet; das einzige Ziel ist die Verzögerung der Haushaltsberatungen.

In den nächsten Monaten werden wir uns ausgiebig mit dem Pestel-Gutachten beschäftigen; vielleicht bringt sich dann auch endlich die Opposition einmal konstruktiv ein.

Auch in der Bau- und Wohnungsbaupolitik ist Nordrhein-Westfalen dank einer guten Arbeit von CDU, FDP und Minister Oliver Wittke auf einem sehr guten Weg.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr:

Neue öffentliche Finanzmittel bindende Maßnahmen dürfen nur in Angriff genommen werden, wenn sie durch Entlastungen an anderer Stelle abgesichert werden. Diese geltende Maxime der Landesregierung wird auch nicht durch die derzeitige erfreuliche Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der staatlichen Einnahmen außer Kraft gesetzt.

Wir setzen daher im Jahre 2008 wiederum wohl kalkulierte Schwerpunkte im Bau- und Verkehrshaushalt, die es ermöglichen, mit den entsprechenden Investitionen verantwortungsvoll

und gezielt die Modernisierung des Landes voranzubringen. Der eng begrenzte Spielraum für zusätzliche Maßnahmen wird dabei vorrangig für zukunftsorientierte und Wachstum stärkende Investitionen in die Bau- und Verkehrsinfrastruktur genutzt. Damit sind sie Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung und die weitere positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Für den Bau- und Verkehrshaushalt steht im Entwurf 2008 ein Gesamtetat von fast 2,9 Milliarden € – exakt 2.873.906.300 € – zur Verfügung.

Für die Stadterneuerung haben wir in 2008 rund 124 Millionen € an Landesmitteln veranschlagt. Die notwendige Kofinanzierung der Bundesmittel für die zentralen Programmbereiche der städtebaulichen Sanierung und Entwicklung sowie des Stadtumbaus West und der Sozialen Stadt von über 62 Millionen € ist damit gewährleistet.

Auch das neue Förderprogramm des Bundes zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden, mit dem auf den gewerblichen Leerstand zur Stärkung der zentralen Versorgungsbereich reagiert wird, kann mit den veranschlagten Landesmitteln umgesetzt werden.

In Ergänzung zur Förderung haben wir für Immobilien- und Standortgemeinschaften einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Damit schaffen wir für die engagierten Bürger, Eigentümer und Einzelhändler ein aktives Instrument zur Gestaltung ihres Quartiers.

Die Konzentration verschiedener Förderprogramme auf regional ausgewählte und bedeutende Projekte, wie wir sie besonders erfolgreich mit den Regionalen praktizieren, ist mir eines der wichtigsten Anliegen der Zukunft. Die Vergabe der Regionalen 2013 und 2016 an die Regionen Südwestfalen und Münsterland unterstreicht dies ausdrücklich.

Wir erwarten zusätzliche finanzielle Handlungsmöglichkeiten und Synergien im Städtebau durch die Verknüpfung der Fördermittel von Bund und Land mit den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Einen besonderen Schwerpunkt werden zukünftig die Maßnahmen und Handlungsfelder bilden, bei denen die Mittel der Städtebauförderung mit anderen – öffentlichen und privaten – Mitteln gebündelt werden.

Mit dem Landesprogramm „Initiative ergreifen“ zeigt Nordrhein-Westfalen eine deutschlandweit

beispielhafte Form der Zusammenarbeit von Bürgerschaft und öffentlicher Hand zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in Stadtteilen und Stadtquartieren. Das Land unterstützt die Arbeit sowie das bürgerschaftliche Engagement der in Netzwerken der Industriekultur und Gartenkunst zusammengeschlossenen Initiativen, Fördervereine und Einrichtungen. Diese Netzwerke tragen in besonderem Maße zur Bewusstseinsbildung für die Bewahrung des industriekulturellen Erbes unseres Landes bei. Mit der Initiative „StadtBauKultur“ und dem Museum für Architektur und Ingenieurkunst werden wir alle Aktivitäten in einer Kampagne für gutes und qualitativvolles Bauen in NRW zusammenfassen.

In die energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur der Kommunen sollen in den nächsten Jahren über 100 Millionen € investiert werden. Der neue Investitionspakt wird von Bund, Land und Gemeinden zu je einem Drittel finanziert. Er ergänzt das erfolgreiche Darlehensförderprogramm des Bundes durch ein Zuschussprogramm. Als Beitrag zum Klimaschutz, aber auch zur Förderung von Bildung und Familie erwarten wir zusätzliche Impulse für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land.

Wir haben im Haushalt erste Vorkehrungen getroffen, um sowohl die Neuorganisation der Stiftung Zollverein in Essen zu ermöglichen als auch zusammen mit anderen Zustiftern das herausragende Zentrum für Gartenkunst und Landschaftskultur von Schloss Dyck in Jüchen dauerhaft zu sichern. Für den Grundstücksfonds stellen wir 39,5 Millionen € zur Verfügung, um in 2008 den abschließenden Bedarf für die bereits angelaufenen – und mit EU-Mitteln geförderten – Flächenprojekte zu bedienen.

Für die kommunale, private und kirchliche Förderung im Bereich der Bau- und Bodendenkmalpflege ist insgesamt ein Betrag von rund 17 Millionen € im Jahr 2008 vorgesehen. Dies entspricht im Wesentlichen einer Überrollung des Ansatzes aus dem Jahr 2007. Erlöse aus der Lotterie „Spiel 77“ zugunsten der Dombauvereine des Landes von rund 2,5 Millionen € sind in der Gesamtsumme enthalten. Diese Mittel kommen der Erhaltung der Dome bzw. Kirchen in Aachen, Essen, Köln, Minden, Soest, Xanten und Wesel zugute.

In 2008 werden wir erstmals einen Zuschuss von 100.000 € an die Deutsche Stiftung Denkmalschutz für den Betrieb der Jugendbauhütten

in Duisburg und Soest gewähren. Die zweite Jugendbauhütte wird damit im Landesteil Westfalen mit Sitz an der Bauhütte der Soester Wiesenkirche errichtet.

Die Wohnungsbauförderung steht aufgrund des demografischen Wandels vor entsprechenden Herausforderungen. Darüber hinaus ist auch das Klimabewusstsein in der sozialen Wohnraumförderung angekommen. Heizung und Warmwasser werden immer teurer; daher liegt es im Interesse von Mietern und Wohneigentümern, Energie zu sparen.

Beim Bau und vor allem bei der Sanierung von Wohnungen können beachtliche Energieeinsparungen erzielt werden. Zentrale Themen hierbei sind Energieeinsparung, Energiegewinnung, Gebäudesanierung und Kohlendioxid-Reduktion. Neben einer verbesserten Energieeffizienz ist es das Ziel der Landesförderung, auch die laufenden Energiekosten zu senken.

Daher wird es im kommenden Jahr eine Qualitätsoffensive hin zu verstärktem Klimaschutz im Wohnungsneubau und -bestand geben. Insbesondere im Wohnungsbestand liegen hierfür große Potenziale; denn ein Großteil aller Wohnungen wurde noch vor 1980 errichtet und ist nur unzureichend gedämmt.

Des Weiteren werden auch im Jahr 2008 weiterhin die drei Säulen der sozialen Wohnraumförderung selbst genutztes Wohneigentum, Neubau von Mietwohnungen und stationären Wohnformen für Ältere und Menschen mit Behinderung sowie investive Bestandsmaßnahmen mit dem zur Verfügung stehenden Mittelrahmen in Höhe von 840 Millionen € bedarfsgerecht gefördert. Mit den Mitteln für die investive Bestandsförderung fördern wir darüber hinaus Maßnahmen zur Schaffung differenzierter Wohnangebote im Bestand für ältere und pflegebedürftige Menschen sowie zur Verbesserung der Energieeffizienz im Sozialwohnungsbestand.

Die Reduzierung des Programmvolumens um 60 Millionen € im Vergleich zum Jahr 2007 entspricht auch der aktuellen Nachfrage nach Investitionen in Mietwohnungsbau, Eigentumsinvestitionen und Bestandsmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund halte ich ein Volumen für das Wohnraumförderungsprogramm 2008 von rund 840 Millionen € für angemessen, um die Wohnungsbauförderung in unserem Land weiterhin bedarfsgerecht und auf hohem Niveau fortsetzen zu können.

Flankierend hierzu stehen auch zur Wohnraumversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen 220 Millionen € Wohngeld 2008 zur Verfügung. Insgesamt wird somit für die Subjekt- und Objektförderung deutlich über 1 Milliarde € im Landeshaushalt bereitgestellt. Damit nehmen wir bundesweit die Spitzenstellung ein.

Anlage 2

Zu Tagesordnungspunkt 1 – Haushaltsgesetz 2008 –, Einzelplan 14, Teilbereich „Verkehr“ zu Protokoll gegebene Reden

Bodo Wißen (SPD):

Wenn man das Zahlenwerk betrachtet, stellt man Folgendes fest: „Der weiche Wittke ist am harten Helmut gescheitert!“

Allerdings: So hart ist der Helmut dann doch nicht. Denn andere haben mit ihren Anliegen durchaus mehr Erfolg gehabt. Darunter auffallend viele ehemalige Konkurrenten des jetzigen Finanzministers.

Ministerpräsident Rüttgers genehmigt sich für seine Chaos-Kanzlei 20 Millionen € mehr. Nach bisherigen Erfahrungen werden die Reden, aber auch die Politik dadurch nicht besser.

Wo wir gerade beim Rüttgers sind: Der hat uns ja als großer Verkehrspolitiker in seiner Regierungserklärung überrascht. Neben Betuwe und Eisernem Rhein stellte er den Rhein-Ruhr-Express besonders heraus. Erfreut schaute ich in den Haushaltsentwurf für 2008, vermutete die Finanzierung von neuen Wagen und Streckenkilometern dargestellt, wozu ja das Land verpflichtet ist. Und was sehe ich: „Nichts, nothing, nada, niente!“

Herr Wittke, glauben Sie nicht an den Weihnachtsmann – egal, was Ihnen Herr Rüttgers erzählt. Den gibt es nicht! Das sagt Ihnen ein ehemaliger Messdiener!

Im Übrigen weiß das auch Frau Thoben. Die „tolle Thoben“ kriegt nämlich 18 % mehr. 18 % Herr Wittke, das ist sechsmal so viel wie Ihrem Hause gerade abhanden kommt!

In diesem Jahr beträgt das Minus 3,32 %. Das macht knapp 100 Millionen € weniger für den Bereich Bauen und Verkehr! Aber der Griff in Wittkes Geldbeutel hat dem harten Helmut nicht gereicht. 100 Millionen € zusätzlich werden bei der Wohnungsbauförderung gekürzt, ohne dass dies dem Haushalt für Bauen und Verkehr zugute kommt. Ein Verlust von fast 100 Millionen € für den Bereich Bauen und Verkehr!

Herr Wittke, Sie sind der einzige Minister, dem der Haushalt gekürzt wird! Wachen Sie auf, wir brauchen das Geld hier in NRW. Kümmern Sie sich nicht um Ihre Amigos, kämpfen Sie für Ihren Haushalt! Kompensieren Sie endlich die

Kürzungen der Regionalisierungsmittel wie in anderen Ländern.

Was ist eigentlich aus Ihrem Motto „Privat vor Staat“ geworden? Das gefällt dem selbsternannten Arbeiterführer Rüttgers wohl nicht mehr? Ich fand das Motto ja auch daneben, gegen Wettbewerb jedoch habe ich nichts. Daher sind Ihre abermaligen Kürzungen – jetzt auf null Euro – für den Bereich der nicht bundeseigenen Eisenbahnen ja auch grundfalsch. Wir brauchen dringend auch starke private Bahnen – denen drehen Sie den Hahn ab.

Wir müssen NRW fit machen für den Wettbewerb. Straßen und Schienen sind Lebensadern unserer Wirtschaft. Wenn es stimmt, dass 60 % Verkehrszuwachs bis 2020 droht, dann müssen wir jetzt handeln. Mit diesem Haushalt wird diese Lebensader abgeschnitten.

Forderung: Versöhnen Sie Ökologie und Ökonomie, Interessen der Anwohner und des Verkehrs, Unter- und Überführungen. Wenn Sie Abgeordneter wären, Herr Wittke, sollten Sie unserem Antrag zustimmen, Ihre Kürzungen bei der Schülerbeförderung zu verhindern.

Für die SPD ist Mobilität eine soziale Frage. Vernachlässigen Sie nicht weiter den ländlichen Raum. Sorgen Sie für ein ordentliches Angebot in den Städten. Nicht nur Ärzte fehlen, nein, auch Mobilitätsangebote fehlen. Beides, Gesundheit wie Mobilität, sind für uns Sozialdemokraten Grundrechte!

Bernd Schulte (CDU):

Der Verkehrshaushalt für das Jahr 2008 stellt im Ergebnis die Vereinbarkeit von Haushaltskonsolidierung und politischer Gestaltung dar. Es ist gelungen,

- durch Schaffung von Baurecht im Bundesfernstraßenbau mehr Bundesmittel an NRW zu binden und*
- durch Reorganisation und Straffung des Landesbetriebs Straßen NRW Betriebskosten einzusparen und Synergien zu heben, um mehr Geld für den Abbau des Unterhaltungsstaus bei Landesstraßen zu gewinnen.*

Nordrhein-Westfalen hat am Bundesfernstraßenbedarfsplan einen sollmäßigen Anteil am Bedarfsvolumen von rund 16 %, Bayern liegt bei 13,7 %. Bei der Umsetzung dieser Quote stehen die Projekte bundesweit im Vorbereitungswettbewerb, da die Mittel nur nach Bau-

fortschritt abgerufen werden können. Eine schleppende Vorbereitung und Planung der Projekte führt in der Mittelzuteilung zu erheblichen Abweichungen vom Soll. In den 90er-Jahren ist Nordrhein-Westfalen bei den Ist-Ausgaben deutlich unter seiner Quote geblieben. Von 1990 bis 2001 hat Bayern rund 670 Millionen € mehr abrufen können als Nordrhein-Westfalen, obwohl Bayern, wie schon dargestellt, bei der Quote um 2,3 % niedriger liegt.

Rot-Grün hat in der Vergangenheit nicht die Kraft gehabt, Planungsrecht für den Bundesfernstraßenbau in NRW zu schaffen. Die Folgen müssen die Verkehrsteilnehmer tragen: Staus, Verspätung, Stress, Sicherheitsdefizite. Vieles könnte schon heute geregelt sein, wenn man in Nordrhein-Westfalen – auch von 1995 bis 2005 – den Konsens in der Vorbereitung von Bauprojekten, wie wichtigen Lückenschlüssen gefunden hätte. Seit 2005 sind wir auf dem aufsteigenden Ast. 2006 konnten in NRW 937 Millionen € für die Verbesserung und Unterhaltung des Bundesfernstraßennetzes eingesetzt werden, mehr als je zuvor.

Für den Bereich der Landesstraßen wird trotz der Sparzwänge in 2006 und 2007 der Mitteleinsatz von 128,4 auf 133,7 Millionen € gesteigert, in 2008 wird der Erhaltungsansatz durch die Sonderleistung der Schadensbeseitigung in den „Kyrill-Gebieten“ um weitere 20 Millionen € erhöht. Zusätzlich werden rund 11 Millionen € für die Tilgung von kreditfinanzierten Straßen der Vorgängerregierung bereitgestellt. Die Reorganisation des Landesbetriebes Straßen NRW und sparsame Mittelverwendung durch den relativ milden Winter führten in diesem Jahr zur Sonderprogrammfinanzierung für die Deckenerneuerung. Diese Entwicklung soll fortgesetzt werden, und entsprechende Einsparungen sollen in den Abbau des immer noch zu hohen Unterhaltungsstaus, der bei rund 350 Millionen € liegt, einfließen.

Aus Gründen des Klimaschutzes, der Stärkung des Logistikstandortes NRW und der sinnvollen Verteilung des Güterverkehrszuwachses zwischen Schiene und Straße setzen wir auf eine in jeglicher Hinsicht sinnvolle Anbindung der rheinischen Binnenhäfen an Rotterdam und Antwerpen über die Betuwe-Linie und den Eisernen Rhein. Wir werden dies morgen an dieser Stelle noch intensiv diskutieren. Des Weiteren ist der RRR auf den Weg gebracht und wird das neue Premiumprodukt des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs in NRW.

Im Haushalt 2008 werden erstmals die aus dem neuen ÖPNV-Gesetz resultierenden Neuerungen umgesetzt. Mit 1,4 Milliarden € belegt sich der Gesamtansatz auf dem Niveau des Vorjahres. Die drei regionalen Kooperationsräume Rhein-Ruhr, Rheinland und Westfalen erhalten im Wesentlichen

- eine SPNV-Pauschale von 800 Millionen €,
- eine ÖPNV-Pauschale von 110 Millionen €,
- rund 131 Millionen € pauschalisierte Investitionsförderung für Investitionen,
- 130 Millionen € für Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr.

Die Verwaltungsbestimmungen haben den Verkehrsausschuss passiert. Das neue ÖPNV-Gesetz ist ein anerkanntes Kommunalisierungsgesetz und wird dementsprechend die kommunale Verantwortlichkeit stärken. Die regionalen Kooperationsräume sind in der Konstituierung und werden im nächsten Jahr ihre Arbeit aufnehmen können.

Die von der Bundesregierung beabsichtigte Bahnreform widersprach Länderinteressen und insbesondere denen Nordrhein-Westfalens. Es ist fraglich, ob ein neuer Anlauf noch in dieser Legislaturperiode zum Abschluss gebracht werden kann. Eine ländergerechte Bahnreform nach 2009 ist besser als eine verkorkte bis 2009. Wir setzen nach wie vor auf die Trennung von Netz und Betrieb und wollen den Ländereinfluss auch auf die Investitionen ins bestehende Netz gewährleistet wissen.

Wir stehen in der Mitte der Legislaturperiode und haben eine integrierte Gesamtverkehrsplanung, einen Landesstraßenbedarfsplan und ein ÖPNV-Gesetz unter Dach und Fach gebracht. Wir haben maßgeblich an der Ausgestaltung der Bahnreform mitgewirkt und werden im nächsten Jahr ein Wasserstraßenverkehrskonzept und ein Luftverkehrskonzept in die Diskussion dieses Hauses einbringen. Nach Abschluss dieser Konzepte werden wir die Weichen für die Zukunft der Verkehrsträger in Nordrhein-Westfalen erfolgreich gestellt haben. Der Einzelplan 14 des Haushalts 2008 ist ein Baustein dieser Entwicklung.

Christof Rasche (FDP):

Die heutige zweite Lesung des Landeshaushalts 2008 bietet eine gute Gelegenheit, eine Zwischenbilanz nach zweieinhalb Jahren schwarzer Verkehrspolitik zu ziehen.

Ohne Übertreibung können wir feststellen: CDU und FDP haben eine Wende in der Verkehrspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen herbeigeführt. Wir stellen wieder einen Zusammenhang her, der von Rot-Grün über Jahre ignoriert wurde: den untrennbaren Zusammenhang von Arbeitsplätzen, Wirtschaft und Wohlstand auf der einen Seite sowie Verkehr, Logistik und Infrastruktur auf der anderen Seite.

Schon jetzt stehen viele Güter und viele Menschen täglich im Stau. Zudem beschreiben alle vorliegenden Prognosen erhebliche Zuwächse in den nächsten Jahren. Deshalb ist der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur aller Verkehrsträger eine enorme Herausforderung, insbesondere für Arbeitsplätze und Wohlstand.

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 1,14 Milliarden € in das nordrhein-westfälische Straßennetz investiert. Das waren 17 % mehr als im Jahr 2004. Im Jahr 2006 konnten die Investitionsmöglichkeiten im Bereich des Bundesfernstraßennetzes erstmals voll ausgeschöpft werden. Unter Rot-Grün flossen jährlich Millionen in andere Bundesländer, da es in NRW nicht genügend baureife Projekte gab.

Im Jahr 2004 haben SPD und Grüne lediglich einen Planfeststellungsbeschluss hinbekommen. Wir haben die alte Staupolitik beendet; 14 Planfeststellungsbeschlüsse im Jahr 2006 und 20 im Jahr 2007 machen dies deutlich. So konnten wir im vergangenen Jahr die Rekordsumme von 937 Millionen € für Bundesfernstraßen nach Nordrhein-Westfalen lenken.

Auch im Bereich des Landesstraßenbaus haben wir die rot-grünen Altlasten zügig und entschlossen abgearbeitet. Weil SPD und Grüne insbesondere beim Straßenbau auf keinen gemeinsamen Nenner kamen, haben sie den Landesstraßenbedarfsplan seit 1993 nicht mehr fortgeschrieben. Diesen Stillstand haben wir beendet und wieder eine belastbare Handlungsgrundlage geschaffen.

Zudem haben SPD und Grüne die Landesstraßen vergammeln lassen. 40 % sind in einem unbefriedigenden Zustand. Ein Sanierungsbedarf von über 320 Millionen €, den wir der alten Regierung zu verdanken haben. Um die gravierendsten Fahrbahnschäden zu beseitigen, haben wir 2006 und 2007 Sofortprogramme in einer Höhe von 22,3 Millionen € aufgelegt. So konnten wir in nur zwei Jahren Straßenabschnitte mit einer Gesamtlänge von rund 250 Kilometern instand setzen.

Trotz erheblicher Sparzwänge ist es uns gelungen, den Ansatz im Landesstraßenbausetat gegenüber den alten Ansätzen von Rot-Grün leicht zu erhöhen. Für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen benötigen wir nicht nur ein bedarfsgerechtes Straßennetz, sondern ebenso eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur für den Personen- und den Güterverkehr.

Für den Rhein-Ruhr-Express – die zentrale Verbindung in Nordrhein-Westfalen für den Personenverkehr auf der Schiene – wurde mit dem Bund und der Deutschen Bahn AG bereits eine Planungsvereinbarung getroffen. Zudem haben wir erreicht, dass der Bund für das Projekt 1,4 Milliarden € im Investitionsrahmenplan zur Verfügung gestellt hat. Damit sind wir mit dem RX inzwischen weiter vorangekommen als Rot-Grün mit allen Vorgängerprojekten wie Transrapid, Metrorapid oder Metroexpress.

Über notwendige und leistungsfähige Schienenverbindungen nach Antwerpen und Rotterdam werden wir übermorgen debattieren. Auch bei diesen beiden Projekten sind wir in den vergangenen Jahren mit großen Schritten vorangekommen. Die sich hier bietende Chance, Nordrhein-Westfalen zu der Logistik-Drehscheibe Europas auszubauen, sollten wir gemeinsam nutzen. Hier steht auch die Opposition in der Verantwortung.

Unverzichtbar für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ist ein zuverlässiger und preiswerter öffentlicher Personennahverkehr. Dies gilt sowohl für unsere Städte und Ballungsräume als auch für den ländlichen Raum. Das neue ÖPNV Gesetz schafft endlich den Spielraum für die Zweckverbände bzw. Verbände, um den ÖPNV effizient und kundengerecht zu organisieren. Die Reduzierung der Verbände von neun auf drei haben wir geschafft; die SPD ist über Jahre an einer Reduzierung gescheitert.

Der Luftverkehr ist eine Wachstumsbranche, die wir mit klarem Verstand begleiten müssen. Wir werden dabei die Bedürfnisse der Anlieger und die gewaltigen Nachfragesteigerungen berücksichtigen. Durch die neue Betriebsgenehmigung für den Flughafen Düsseldorf sind inzwischen fast 2.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Diese zahlreichen Beispiele zeigen Ihnen, dass die Staupolitik und der Stillstand von SPD und Grünen im Bereich Verkehr beendet sind. Wir werden auch in Zukunft hart daran arbeiten, die Verkehrsinfrastruktur in unserem Land zu

verbessern. Denn eine leistungsfähige Infrastruktur für alle Verkehrsträger ist die Voraussetzung dafür, dass Nordrhein-Westfalen seine enormen wirtschaftlichen Potenziale ausschöpfen kann.

Horst Becker (GRÜNE):

Verkehrspolitischer Geisterfahrer – diese auf den Punkt gebrachte Kritik an den falschen verkehrspolitischen Weichenstellungen bleiben auch für den Haushalt 2008 zutreffend und bedürfen deshalb der ständigen Wiederholung.

Hier sind die Fakten: Im Juni 2006 hat Verkehrsminister Wittke insgesamt 16 Ausbauprojekte für den Schienenpersonennahverkehr gestoppt. Hintergrund ist sicherlich die Kürzung der Regionalisierungsmittel durch die Beschlüsse der Großen Koalition in Berlin. Bis zum Jahr 2010 werden die Zweckverbände des Landes eine Kürzung von rund 518 Millionen € umsetzen müssen. Und die dicken Brocken liegen jetzt vor uns: Im Jahr 2008 120 Millionen € weniger Bundeszuschüsse, im Jahr 2009 sind es 140 Millionen € weniger Bundesmittel, und im Jahr 2010 werden es noch einmal 155 Millionen € weniger Mittel sein.

Andere CDU-geführte Bundesländer wie etwa Hessen oder Schleswig-Holstein gleichen einen Teil der Kürzungen aus Landesmitteln aus. Diese Landesregierung und dieser Landesverkehrsminister lehnen dies kategorisch ab. Die Folgen sind jetzt schon für die Kundinnen und Kunden in Bussen und Bahnen durch zum Teil massive Preiserhöhungen erlebbar. Im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr wurden allein im Jahr 2006 zweimal Preise erhöht, wie auch zuletzt im Jahr 2007 um 3,9 %. Aktuell steht im VRR die Entscheidung für eine große Tarifreform mit zum Teil drastischen Preiserhöhungen im zweistelligen Prozentbereich bevor. Einen erheblichen Teil muss sich diese Landesregierung auf ihre Fahnen schreiben.

Was ist die Strategie des Verkehrsministers mit dem neuen ÖPNV-Gesetz, das am 1. Januar des kommenden Jahres in Kraft treten wird? Die Finanzierung der Betriebskosten in Höhe von rund 800 Millionen € für den Schienenpersonennahverkehr wird gesichert. Drastisch werden allerdings die notwendigen Investitionen in den Ausbau des Schienennetzes in die Modernisierung der Bahnhöfe und Haltepunkte oder in die Erneuerung von neuem Fahrzeugmaterial heruntergefahren. Dies bedeutet, das ÖPNV-System wird derzeit auf Bestand gefahren. Dringend notwendige Erneuerungen bei

den Fahrzeugen, den Schienen oder den Bahnhöfen und Haltepunkten werden auf Notfallreparaturen beschränkt.

In diesem Zusammenhang bedarf es auch nur noch einer kurzen Erwähnung, dass die Zuschüsse für die Schülerbeförderung bereits im Jahr 2006 um 50 Millionen € gekürzt worden sind. Das ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum wird damit in eine Existenzkrise getrieben wie die 50-prozentigen Kürzungen bei den Programmen zu Qualität und Service in Bussen und Bahnen. Deshalb ist der Antrag der SPD-Fraktion richtig, und wir werden diesen Antrag auch unterstützen.

Wie bereits in den Vorjahren beantragen wir, die Kürzungen der Bundeszuschüsse für den ÖPNV aus Landesmitteln auszugleichen. Und wir haben hierzu im Fachausschuss auch eine Gegenfinanzierung vorgelegt. Wir wollen die Landesmittel für den Straßenneubau auf 10 Millionen € kürzen und sowohl für den Straßenunterhalt wie auch für den ÖPNV nutzen. Die Menschen in NRW wünschen sich einen leistungsfähigen und pünktlichen ÖPNV mit sauberen und sicheren Fahrzeugen. Ich werbe um Zustimmung zu unserem Antrag, damit die Investitionen in den ÖPNV gesichert werden.

Das bestehende Netz an Landesstraßen verrottet immer mehr, ohne dass die Landesregierung hierzu ausreichende Antworten bietet. Wir als Grüne haben sowohl in Regierungszeiten wie auch heute eine klare Linie verfolgt. Das Land muss den Straßenkaries bei den Landesstraßen beenden. Wir haben hierzu ein Programm von 1 Milliarde € für den Straßenunterhalt vorgelegt. In zehn Jahren sollen jährlich 100 Millionen € in die Straßensanierung investiert werden. Zu finanzieren ist dies durch ein Moratorium bei den Mitteln für den Straßenneubau.

Dieser Verkehrsminister wollte mit seinem Modellversuch mit den Monster-Trucks auf den NRW-Autobahnen Fakten für einen bundesweiten Einsatz schaffen. Die 60-Tonnen-Trucks wären unweigerlich die Folge seiner Modellversuche gewesen. Die Zerstörung der Autobahnen und Straßen in NRW durch den rasant wachsenden LKW-Verkehr hätte eine neue Dimension erreicht, den die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wieder hätten finanzieren müssen.

Es ist gut, dass Minister Monster-Wittke von der überwiegenden Mehrheit der Verkehrsminister in den Bundesländern gestoppt wurde. Es stellt

sich hier die Frage, mit welchen Konzepten Minister Wittke und diese Landesregierung den LKW-Wahnsinn stoppen will. In der besseren Auslastung von LKW und der Vermeidung von Leerfahrten liegen noch erhebliche Einsparungspotenziale, um die Straßen und Autobahnen von überflüssigem Verkehr zu entlasten. Hierzu hört man aber von diesem Minister nichts.

Der Verkehrshaushalt folgt ausschließlich dem Muster „Schneller – Höher – Weiter“. Mit der Mobilität für die Menschen und den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen hat dies nichts mehr zu tun.

Auch hier wird der demografische Wandel der Gesellschaft vollständig ausgeblendet. Wir werden zukünftig nicht weniger, sondern noch mehr Busse und Bahnen brauchen. Wir brauchen den barrierefreien ÖPNV, um einer älter werdenden Bevölkerung entsprechende umweltfreundliche und qualitätsvolle Verkehrsangebote machen zu können. Auch in diesem Bereich sind keine Initiativen seitens des Landes zu nennen.

In zehn Jahren Regierungsverantwortung haben wir in diesem Land bewiesen, dass mit ge-

zielten Investitionen zum Beispiel bei der Förderung des Radverkehrs ein echter Schub ausgelöst werden kann. Ich nenne hier nur das Programm 100 Fahrradstationen, die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte sowie die Ausweisung eines landesweiten Radwegenetzes. Dies hat einen Boom beim täglichen Radverkehr, aber insbesondere beim Fahrradtourismus im Land NRW ausgelöst. Bei dieser Landesregierung wird der Förderansatz für den Radverkehr für das Alleenprogramm zur medienwirksamen Vermarktung des Ministerpräsidenten missbraucht.

Die Bundesregierung hat heute den Kabinettschluss für das Klimaschutzprogramm beschlossen. Die Bewertung steht hierzu heute nicht auf der Tagesordnung. Für NRW sehe ich nur die Tatsache der Konzeptions- und Handlungslosigkeit. Auch der Verkehrsbereich wird seinen Beitrag für die Klimapolitik leisten müssen. Darüber hinaus ersticken die Menschen in den Städten an den Feinstaub- und Stickoxidbelastungen. Auch hier ist nur chaotisches Handeln anstelle von zielgerichteter Unterstützung zu erkennen.

Die Grünen-Fraktion wird den Verkehrsteil im Einzelplan 14 ablehnen.

